

Bericht aus dem Gemeinderat vom 30.01.2017

TOP 1 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Keine

TOP 2 Informationen der Verwaltung

1. Oberbürgermeisterin Margret Mergen zur Leopoldplatz-Affäre: Sie sagte, sie habe die Anträge und Emails der Fraktionen gesehen, bitte jedoch um Verständnis, dass sie auf das Thema nicht weiter eingehe, weil sie «da nicht so tief drin» stecke und auch erster Bürgermeister Alexander Uhlig nicht. Sie wollen nun die Kosten etwas aufbereiten und für den nächsten Bauausschuss schriftlich ausarbeiten, um das Vergabeverfahren und die Kostenentwicklung zu bewerten. Außerdem wolle man auch die anstehende Vergabe für die Oberflächengestaltung im Bauausschuss erörtern und vortragen. Wie Alexander Uhlig bereits angekündigt hatte, soll im Bauausschuss oder im Hauptausschuss regelmäßig über den Stand des Projektes Leopoldplatz berichtet werden, egal ob es Veränderungen gebe oder nicht.

2. OB Mergen informierte darüber, dass für die Neuaufgabe des qualifizierten Mietspiegels 4.000 Vermieter angeschrieben worden seien.

3. OB Mergen informierte, dass seit Januar die Beschlüsse aus den Gemeinderatsitzungen und seinen Ausschüssen im Gemeinderat-Informationssystem im Wortlaut oder als zusammengefasste Berichte zeitnah am folgenden Tag veröffentlicht werden.

4. Bürgermeister Michael Geggus und Iska Dürr, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales der Stadt Baden-Baden informierten über den Stand der Flüchtlingssituation in Baden-Baden.

Michael Geggus berichtete von einer «relativen Entspannung» der Flüchtlingssituation, es kämen kaum noch Flüchtlinge dazu. Das neue Bauordnungsrecht ermögliche, Unterkünfte für die Erstunterbringung zu Anschlussunterbringung umzunutzen, es müsse nur sichergestellt sein, dass den Personen 10 Quadratmeter Wohn- und Schlafräum zur Verfügung stehen. Dies sei eine gute Nachricht für den angespannten Wohnungsmarkt in Baden-Baden, weil man dadurch die Flüchtlinge gänzlich in den städtischen Unterkünften unterbringen könne und so kein Druck auf den Wohnungsmarkt ausgeübt werde.

OB Mergen lobte das Engagement der Ehrenamtlichen, das immer noch anhält, auch wenn die große Flüchtlingsschwelle vorbei ist.

- Mit Stand 31. Dezember 2016 lebten 887 Flüchtlinge in den städtischen Unterkünften
- Die Zuweisung im Januar 2017 betrug 9 Personen
- 632 Personen beziehen Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz
- 255 Personen haben ein eigenes Erwerbseinkommen oder beziehen Leistungen des Jobcenters
- 583 Personen befinden sich noch im laufenden Asylverfahren
- 276 Personen sind geduldet oder anerkannt und leben in der Anschlussunterbringung
- In 2017 wird insgesamt mit einer Zuweisung von 100 Personen gerechnet
- Mit Ausnahme der Unterkünfte Waldseeplatz, Kloster Maria Frieden und Im Rollfeld 1 sollen die Unterkünfte zur Erstunterbringung in Unterkünfte für Anschlussunterbringung umgewandelt werden

TOP 3 Anfragen aus dem Gemeinderat

Beate Böhlen, Grüne, fragte nach der Situation der Flüchtlingsunterkunft Waldseeplatz, sie habe Schreiben und Bilder bekommen, wonach die Dächer der Unterkünfte undicht seien und in den Räumen das Wasser stehe und die Matratzen nass seien. Michael Geggus antwortete, dass es ein Problem mit dem Schmelzwasser gegeben habe. Er sei heute vor Ort gewesen, es habe teilweise nasse Zimmer und Matratzen gegeben, jedoch nicht in einem großen Ausmaß. «Die Firma» sei nun vor Ort und habe Planen in die Decken eingezogen.

Werner Schmoll, SPD, beantragte eine Baustellenbesichtigung am Leopoldsplatz für die Gemeinderäte vor der nächsten Bauausschusssitzung. Erster Bürgermeister Alexander Uhlig sagte dies zu.

Heinrich Liesen, FBB, schlug vor, die Bushaltestelle in der Lichtentaler Allee vor dem Museum LA 8 etwas nach vorne an den Goetheplatz zu verlegen, weil der Bürgersteig dort so eng sei und es nach Schluss, wenn an der Haltestelle 100 Kinder und Jugendliche stehen zu gefährlichen Situationen komme. Alexander Uhlig sagte zu, dies mit dem BBL-Betriebsleiter Guldner zu besprechen.

Heinrich Liesen, FBB, fragte, inwieweit die Kosten für den Prozess mit der Firma Claus von dem Versicherer der Stadt übernommen werden. Axel Eble, Leiter des Rechtsamts, antwortete, dass die Stadt eine Haftpflichtversicherung bei der BGV habe und diese sich noch nicht abschließend geäußert habe, mit der Begründung, man wolle die schriftliche Begründung des Gerichts abwarten. Die Prozesskosten würden aber wohl übernommen.

TOP 4 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

Keine

TOP 5 Bebauungsplan «Französische Cité, Teilbereich I – Cité Bretagne – 1. Änderung»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Das angrenzend an die Wendefläche der Breisgaustraße gelegene Areal im sog. «Baufeld VII» eignet sich als Standort für ein von der Stadt befürwortetes generationenübergreifendes Wohnprojekt; dessen Realisierung jedoch die Vorgaben des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes entgegenstehen. Für den gesamten Bereich des sog. «Baufeld VII» wurde eine neue, an aktuelle Bedarfe angepasste, städtebauliche Konzeption entwickelt, welche sowohl das Gemeinschaftswohnprojekt als auch Einzel- und Mehrfamilienhäuser, erschlossen durch eine geplante Stichstraße, vorsieht.

Günter Seifermann beantragte im Bebauungsplan Versorgung aus erneuerbaren Energien vorzuschreiben und einen Anschluss an das Fernwärmenetz. Alexander Uhlig antwortete, dass man dies im Rahmen eines Bebauungsplans nicht vorschreiben könne.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) «Erweiterung Arvato-Bertelsmann»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Mit dem geplanten Neubauprojekt an der Briegelackerstraße sollen mittelfristig Büroflächen für ca. 250 neue Mitarbeiter entstehen, außerdem ein weiteres Parkhaus. Das Parkhaus soll dann ebenfalls genutzt werden durch die Mitarbeiter im geplanten Anbau des bestehenden Gebäudes, in dem 150 neue Arbeitsplätze entstehen werden. (positiver Bauvorbescheid liegt vor).

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VEP) «Nachnutzung Ludwig-Wilhelm-Stift»

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Das DRK als Betreiber der Altenpflegeeinrichtung in der Rotenbachtalstraße in Baden-Baden ist im Zuge des Heimstättengesetzes gezwungen, seinen seitherigen Standort aufzugeben und an anderer Stelle im Stadtgebiet neu zu errichten, da die Investitionen in den Altbestand wirtschaftlich nicht mehr tragbar wären. Mittlerweile hat die Fa. Treubau AG aus Freiburg einen Kaufvertrag mit Entwicklungsoption mit dem Eigentümer abgeschlossen und somit Zugriff auf Immobilie und Grundstück. Der aus den 1970er Jahren stammende unmaßstäbliche Anbau an das denkmalgeschützte und in rotem Sandstein ausgeführte Ludwig-Wilhelm-Stift von 1892 soll abgebrochen werden. Der denkmalgeschützte Altbau wird freigestellt und wo erforderlich, in einen denkmalgerechten Zustand rückgebaut. Auf dem Grundstück sollen 3 Ersatzbauten sowie eine Tiefgarage erstellt werden. Diese werden Wohnungen umfassen und auch das historische Gebäude soll zu Wohnzwecken entsprechend heutiger Ansprüche ertüchtigt werden. Einen entsprechenden Antrag hat der Vorhabenträger, die Treubau AG, bei der Stadtverwaltung eingereicht. Eine Übernahme der Gestehungskosten des Bauleitplanverfahrens ist vom Vorhabenträger erklärt. Es ist vorgesehen einen VEP mit Umweltprüfung und artenschutzrechtlicher Erhebung durchzuführen, mögliche weitere Gutachten werden bei Bedarf nach der frühzeitigen Behördenbeteiligung in Auftrag gegeben.

Beate Böhlen, Grüne, mahnte an, ein qualifiziertes «Frischluftschneisengutachten» zu erstellen.

Der Beschlussvorlage wurde bei einer Enthaltung zugestimmt.

TOP 8 Wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren: Erweiterung des Kiesabbaus durch Nassauskiesung im Gewann «Oberfeld», Gemarkung Sandweier, Änderungsantrag der Fa. peterbeton auf Teilplanfeststellung für die Teilabbaufelder I und II

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Zur mittelfristigen Existenzsicherung hatte die Fa. peterbeton im Oktober 2014 einen Antrag auf wasserrechtliche Planfeststellung zur Erweiterung ihres Kiesabbaus im Gewann «Oberfeld» in Sandweier gestellt. Die in 2014 beantragte Erweiterungsfläche kann derzeit jedoch nicht vollumfänglich genehmigt werden, da für einige landwirtschaftliche Nutzflächen innerhalb der Antragsfläche fremdverursachte PFC-Belastungen im Boden nachgewiesen wurden. Daher beantragt die Fa. peterbeton eine wasserrechtliche Teilplanfeststellung für die Teilabbaufelder I und II.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 9 Maßnahmenvorschläge der Kindergartenbedarfsplanung zur Abdeckung des zusätzlichen Bedarfs

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Wie in der Vorlage mit der Drucksachenummer 16.191 beschrieben sind insgesamt die Kinderzahlen verglichen mit dem Vorjahreszeitraum stark angestiegen. Die Betreuungsplätze weisen weiterhin eine hohe Auslastung auf. Damit verbunden ist eine ungebrochen starke Nachfrage nach Betreuungsplätzen, die bei der zentralen Kita-Vormerkung aufläuft. Insgesamt sind 150 Kinder unversorgt. Deshalb schlägt die Verwaltung zur Abdeckung der hohen Betreuungsbedarfe im Bereich des Sozialraums 2, Stadtteile Weststadt, Oos und Cité vor, auf dem städtischen Flurstück Nr. 7833 im Keltenweg eine Kindertagesstätte zu bauen. Der Betrieb der neuen Einrichtung soll unter städtischer Trägerschaft geführt werden. Für die Baumaßnahme soll ein Architektenwettbewerb nach RPW (Richtlinien für Planungswettbewerbe) durchgeführt werden. Die Baumaßnahme wird von der GSE betreut.

Iska Dürr berichtete, dass sie auf Antrag von Beate Böhlen noch einmal mit allen bewährten Kita-Trägern in Baden-Baden gesprochen habe und kein Interesse an der Übernahme der Trägerschaft für den neuen Kindergarten in der Keltenstraße bestehe. Die Lebenshilfe habe Interessen an einer kleinen inklusiven Kita-Gruppe und ein Walldorf-Angebot sei zu speziell für fünf Gruppen. Beate Böhlen kritisierte, dass man nur mögliche Partner befragt hat, die bereits in Baden-Baden Kitas betreiben und wollte sich in nichtöffentlicher Sitzung weiter zu einem möglichen Betreiber äußern.

Der Beschlussvorlage wurde bei einer Enthaltung zugestimmt.

TOP 10 Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit soll in folgenden Punkten geändert werden: 1. Aufnahme einer Regelung zur Erstattung von Aufwendungen für die entgeltliche Pflege und Betreuung von Angehörigen 2. Redaktionelle Änderung im Bereich der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Ortsvorsteher/innen.

Der Beschlussvorlage wurde bei neun Nein-Stimmen zugestimmt.

TOP 11 Doppelhaushalt 2016/17, Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogrammes, Beschluss von Wirtschaftsplänen 2017

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Gemäß § 85 Abs. 5 GemO und § 7 Abs.2 GemHVO haben Gemeinden mit einem Doppel-Haushalt für das zweite Jahr des Doppel-HH eine Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung sowie des Investitionsprogrammes zu beschließen. Gemäß § 7 Abs. 3 GemHVO sind die Wirtschaftspläne von Gesellschaften, die nach Beschluss des Doppel-Haushaltes erstellt wurden, d.h. derjenigen, die keinen DoppelWirtschaftsplan erstellt hatten, dieser Fortschreibung beizufügen. Da die Baden-Baden Events GmbH und die gGENF mbH keinen Aufsichtsrat haben, sind deren Wirtschaftspläne für 2017 vom Gemeinderat zu beschließen.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 12 Vollzug des Haushalts 2015, Zulassung von außer- und überplanmäßigen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und Auszahlungen des Finanzhaushaltes über 250.000 Euro

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Wie bisher praktiziert, werden im Zusammenhang mit dem Haushaltsabschluss 2015 die in der Vorlage einzeln genannten außer- und überplanmäßigen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes und Auszahlungen des Finanzhaushaltes mit den entsprechenden Deckungsvorschlägen vorgelegt. Der Gemeinderat genehmigt weitere 8.028 Euro.

Günter Seifermann, Grüne, beantragte eine Vertagung, weil es noch Fragen gebe, die allerdings in nichtöffentlicher Sitzung gestellt werden müssten.

Der Antrag wurde abgelehnt, der Beschlussvorlage bei zehn Nein-Stimmen zugestimmt.